

Laube-Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 378.

Halle, Donnerstag, den 14. August.

1919.

Bezugspreise für Halle monatlich bei zweimaliger Zahlung 2,00 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark auschl. Anfertigungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Sendungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Laube-Zeitung gestattet. Preise der Zeitungen Lit. 1140, der Anzeigen-Abt. Lit. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Lit. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Weitere Ausdehnung des oberschlesischen Streiks.

WIB. Katowitz, 14. August. Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier greift weiter um sich. Es sind nun hinzugekommen: Hohenjohann, Arzems, Myslowitz, Ludwig Glitz, Albrecht, Georg Oheim und Katung. Die Nichterschickte, die gelehrt arbeiteten, sind heute wieder in den Streik getreten. Der oberschlesische Kohlenarbeiterstreik umfasst somit fast das ganze Kohlenrevier mit Ausnahme des Hultschiner und Angulitzer Reviers. Man kann die Quote der Streikenden auf 85 bis 90 Prozent schätzen.

Gescheiterte Beruhigungsaktion.

Breslau, 14. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die Bemühungen der Obrigkeit, auf die Arbeiter beruhigend einzuwirken, sind als gescheitert anzusehen. Die Arbeiter haben sogar ihre Forderungen noch erhöht und die Verhandlungen sind zunächst als gescheitert zu betrachten. Am Dienstag früh sind wieder neue Gruben in den Streik getreten, darunter auch die Nichterschickte, die am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Insgesamt streiken heute 90 Prozent aller oberschlesischen Bergarbeiter, so daß man von einem allgemeinen Streik sprechen kann.

Etschischer Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat in Berlin.

Wien, 14. August. (Eigene Drahtnachricht.) Bei einem Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat in Berlin ist, wie wir erfahren, der tschechische Emisär Bartos von der Polizei ergriffen und mit einem Komplizen verhaftet worden. In die Angelegenheit ist das tschechoslovakische Konsulat in Berlin, dessen Leiter Gurta von der Polizei verhaftet worden ist, verwickelt. Wir erfahren hierzu, daß man in eingeweihten deutschen und deutsch-österreichischen Kreisen seit längerer Zeit davon unterrichtet war, daß von tschechischer Seite aus der Versuch unternommen wurde, in Deutschland einen regelrechten politischen Spionagedienst zu organisieren. Die Spionage sollte sich nach der Richtung erstrecken, eine möglichst reifste Feststellung aller Einzelheiten der naturgemäß innigen Beziehungen Deutschlands und Tschechiens zu erreichen. Genane Ueberwachung der in Deutschland lebenden Tschechen und ihrer hier tätigen Verbindungen. Auf die letzteren hatten es die tschechischen Emisäre besonders abgesehen. Vor einer Woche ist in die Räume der ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin, Kronprinzenstraße 14, eine Vertretung der tschechoslovakischen Republik mit dem Prager Rechtsanwalt Dr. Körner an der Spitze eingezogen. Es wurde hier der Plan entworfen, in das deutsch-österreichische Konsulat in Berlin einzudringen und sich die in den Bureaus vermierten geheimen Aktenstücke zu bemächtigen. Die erhoffte Beute sollte von einem Sonderkurier, den man aus Prag kommen lassen wollte, über die Grenze geschafft werden. Am 8. August, einem Sonntag, beabsichtigte man den Einbruch. Die Ausführung wurde aber verschoben und fand am 10. August abends statt. Mit Dietrichen wurden die Schreibtische des Konsulats geöffnet und es gelang den Eindringern auch, einen Verstoß zu erbrechen, deren Inhalt aus einer Reihe von Aktenstücken bestand. Beim Verlassen der Botschaft wurden sie von der Polizei, die von der Sache Wind bekommen hatte, verhaftet.

Kumaniens Antwort an die Entente.

Berailles, 13. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberste Rat der Alliierten ist nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten und wird sich bis zum kommenden Montag vertagen. Dem Rat wurde durch die Mitglieder der rumänischen Friedensdelegation die Antwort der kumaniens Regierung auf die Note der Friedenskonferenz über Ungarn vorgelegt.

Kommunist Bittelheim festgenommen.

WIB. Wien, 13. August. Der ungarische Kommunist Dr. Emil Bittelheim, der für die Rolle des kommunistischen Parteisekretärs in Wien aussersehen war, wurde heute in einem Wiener Sanatorium, wo er unter falschem Namen in Benutzung falscher Ausweispapiere Unterkunft gefunden hatte, von Polizeibeamten festgenommen. Zugleich erfolgte dort auch die Festnahme der Russin Anna Agrelova, der Gattin des russischen Kommunisten Agrelov, der zur Zeit der Räteregierung in München hervorgetreten war. Bei Bittelheim wurden mehr als 160 000 Kronen vorgefunden.

Ein ungarischer Volkskommissar festgenommen.

WIB. Prag, 13. August. (Tschechoslovakisches Pressebüro.) Der gemeinsame ungarische Volkskommissar Anst, der nach Befreiung der Grenzstadt bei Breslau mit falschem

Paß die Grenze überschritten und bei Belanien in Prag unter falschem Namen Wohnung nahm, wurde verhaftet. Alle gemessenen Teilnehmer der Räteregierung werden garantiert, sich auf das Gebiet der tschechoslovakischen Republik zu begeben, weil sie sofort verhaftet werden, da ihnen der Aufenthalt dorthin aus politischen Gründen nicht gewährt wird.

Vorrücken der Jugoslawen.

Budapest, 14. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Die jugoslawischen Truppen haben am 12. August die Osthäfen Muragjombat, Baidina, ebenso Jelsk, Vukovar, Sjenest, Gledjör, Capo, Gutjör und Belzen besetzt. Die Budapest-Ententeformationen haben in Szeged wegen der Zurückziehung der Besetzungstruppen Schritte unternommen. Die rumänischen Truppen erhielten den Befehl, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten. Das Ziel der jugoslawischen Regierung scheint die Beherrschung von Raab und der Bahnhöfen im Raume Radkersburg-Muragjombat zu sein.

Regiert Lenin noch?

Kopnaghagen, 14. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Der Führer des dänischen Voten Kreuzes in Kopenhagen, der Arzt Dr. Martini, vertritt in „Politiken“ längere Mitteilungen über seine Erlebnisse in Rußland. Danach hat Lenin in den letzten drei Monaten in Kopenhagen de facto nicht mehr regiert. Lenin habe sich nicht mehr in Moskau auf, sondern in Tula, Krestki habe jedoch noch immer Macht, jedoch nicht mehr in Moskau. Er beherrsche sich heim heere. Der frühere Oberst Kamineff sei jetzt Oberbefehlshaber. Lenins Macht sei aber noch nicht völlig gebrochen, und es herrsche wieder sehr große Erregung in Moskau.

Die Pfalz vor neuen Putsch.

Mannheim, 14. August. (Eigene Drahtnachricht.) Es mehren sich die Anzeichen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem neuen Putsch steht. Der bekannte Spartakist und Justizratsmitglied Eggerdörff, der in Wirklichkeit Ahrens heißt, wird von den französischen Behörden zum Loslöslagen ermuntert. Eggerdörff und Haas gehen nun auf Jagd und beabsichtigen, in einer der nächsten Nächte, wenn keine Bürger oder Arbeiter die Straße betreten darf, alle Regierungsstellen und Bezirksämter zu besetzen. Sie fürchten der längeren Forderung die Konkurrenz der rheinischen und dortigen Republik.

Eine Abänderung der Friedensbedingungen — ausgeschlossen.

Berlin, 14. Aug. Ueber den Stand der zurzeit in Versailles unter Leitung von Geheimrat Schmitt vom Auswärtigen Amt geführten Verhandlungen erzählt die „D. Allg. Ztg.“: Ein besonderer Komplex von Fragen ergibt sich aus den bestehenden Transportverhältnissen. Es zeigt sich immer mehr, daß die zu erfüllenden Aufgaben nur bewältigt werden können, wenn eine eingehende Organisation der Transportleistungen erfolgt. Der Beginn von Verhandlungen über die in den Friedensbedingungen enthaltenen Bestimmungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Belgien, Estland und dem Saargebiet ist vorläufig abgelehnt worden. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß sich bei den Verhandlungen irgend eine Abänderung der Friedensbedingungen ergibt.

Polen gegen Deutsche — Deutsche Gegenmaßregeln.

Berlin, 14. Aug. Nach einer im Umkreis der Eisenbahndirektion Polen erlassenen Verfügung ist die Ausweisung von Arbeitern nichtpolnischer Nationalität verboten. Die polnischen Gewerkschafter in Polen scheinen, wie verschiedene Blätter schreiben, bei Erfolg ihrer gegen die Deutschen ergriffenen Verfügung nicht daran gehindert zu haben, daß Hunderttausende von polnischen Arbeitern im Deutschen Reich beschäftigt sind. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die deutsche Regierung zum Schutze der Landleute in den Ostmärkten Repressalien ergreifen müßte.

Noch keine Einigung in Hamburger Bankbeamtenstreik.

Hamburg, 13. Aug. Die heutigen Verhandlungen im Bankbeamtenstreik haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber bieten ihr Angebot vom Sonnabend auf sofortige Annahme oder Ablehnung an. Die Bankbeamten lehnen eine solche Verhandlungsgrundlage ab und treten mit einem neuen Vorstoß hervor. Der Regierungsvertreter wurde von den Arbeitnehmern gebeten, im Reichsministerium wegen Einberufung einer gemeinsamen Sitzung für den 15. August nach Berlin unter Einziehung von Vertretern aller beteiligten Kreise Schritte zu unternehmen.

Grauenhafte Zustände in Rußland.

Kopenhagen, 13. Aug. Die Mitglieder des Dänischen Voten Kreuzes in Kopenhagen sind gestern abend über Warschau und Berlin hier eingetroffen. Der Führer der Abteilung, Dr. Martini, erklärte den Zeitungsberichtslasern, daß die Abteilung Moskau am 13. Juli verlassen habe und die politische Lage in Rußland als in Rußland immer unrunder als geworden seien. Lenin und Krestki seien in der letzten Zeit durch noch zahlreichere Elemente, an deren Spitze der tschechische Maler Petros und Tschichinski ständen, in den Hintergrund gedrängt worden. In den Fronten seien wahre Missetaten verübt worden, wozu Schrecken erregend machen seien.

Deutschlands Finanzbedarf.

Die in den letzten Tagen mehrfach angeführte Denkschrift des Reichsfinanzministers Erzberger über den künftigen finanziellen Bedarf des Reichs und seine Deckung ist der Nationalversammlung inzwischen zugegangen und auch im Druck erschienen. Die Denkschrift ergänzt in schätzenswerter Weise die Ausführungen, die Minister Erzberger in den letzten Tagen in der Nationalversammlung, die übrigens nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung wieder zum Reichstag geworden ist, gegeben hat. Die Denkschrift stellt nach einer Betonung des Umstandes, daß alle Zahlen mit Unsicherheitskoeffizienten belastet sind, fest, daß der Gesamtbedarf von Reich, Staat und Gemeinden 24 Milliarden Mark beträgt, wovon auf das Reich allein 17,5 Milliarden entfallen. Innerhalb dieses letzteren Betrages spielen die Ausgaben für den Schuldendienst und für die Hinterbliebenenfürsorge die entscheidende Hauptrolle. Während wir vor dem Kriege für Deutschlands Schuldendienst jährlich nur 290 Millionen Mark aufzubringen hatten, werden künftig rund 10 Milliarden für den gleichen Zweck pro Jahr erforderlich sein. Dieser Berechnung wird die leidige Tatsache zu Grunde gelegt, daß Deutschlands Reichsschuld bis zum Jahresende auf 200 Milliarden angewachsen sein dürfte. Der Posten für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene war 1913 noch unbekannt, während jetzt für diesen Zweck schätzungsweise rund 4800 Milliarden in die finanziellen Berechnungen eingerechnet werden müssen. Hierbei ist zu beachten, daß dieser Betrag auf viele, viele Jahre hinaus alljährlich immer wieder im Etat erscheinen wird. Zusätzlich ist dabei allein, daß der eingestellte Betrag dem vermutlichen Beharrungszustand in den Jahren der höchsten Inanspruchnahme entspricht.

Interessant ist ferner die in der Denkschrift vorgelegenen Ausgaben für das Heer. Vor dem Kriege machte dieser Posten bei einer Sollstärke von rund 800 000 Mann jährlich 2 Milliarden aus; das unendlich verkleinerte Heer, das wir nach dem Versailles-Vertrage nur noch halten dürfen (nach Art. 160 des Friedensvertrages 100 000 Mann Landwehr und nach Art. 188 15 000 Mann Seemacht) und das zu einem geordneten Schutze im Innern und an den Grenzen nicht ausreichen kann, soll 15 Milliarden Mk. erfordern! Und dann die Verwaltungskosten, die gleichfalls enorm steigen sind! Vor dem Kriege betragen diese Ausgaben 200 Millionen Mark. Beiziehendes Streben war es, damals, eine Vereinfachung der Verwaltung herbeizuführen, um Kosten zu sparen. Wie beides nun die Verwaltungskosten aus dem Jahre 1913 aber an, wenn wir hören, daß der heutige Bedarf auf 1700 Millionen, also das mehr als Achtfache, berechnet wird. Das sind denn doch Zahlen, die zu denken geben. Zur Entschärfung dieser hohen Ausgaben wird in der Denkschrift auf die Erweiterung des Aufgabenkreises des Reichs, auf die die Einnahmen erheblich übersteigenden Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung, auf die großen Mehrausgaben für die Verwaltung des vom Reich zu übernehmenden Eisenbahnwesens und endlich auf die Feuerungsanlagen hingewiesen.

Weiter stellt die Gesamtsumme des Reichsbedarfs von 17,5 Milliarden noch nicht einmal eine endgültige Ziffer dar. Unberücksichtigt sind dabei völlig die unerschätzbaren Leistungen an die Entente und die Kosten für das Befahrungsheer. Aber auch aus der Liquidation der Kriegsgesellschaften könnte eine weitere Belastung des Reichs erwachsen. Das deutet auch die Denkschrift leise an, wenn sie andererseits auch auf die Abstoßkosten und Zersplitterungsverluste, die sich im Besitz der Kriegsgesellschaften befinden und deren Wert auf etwa 4 bis 5 Milliarden Mark geschätzt wird.

Wie soll dieser ungeheuerliche Betrag von 17,5 Milliarden gedeckt werden? Im vorigen Monat hat die Regierung in der Nationalversammlung eine Reihe von Steuervorlagen eingebracht, mit deren Beratung und Erledigung man sich zurzeit in Weimar beschäftigt. Von diesen Steuererlassen sollen dauernd für das Reich mehr bzw. neu erbringen:

Table with 2 columns: Steuerart and Betrag. Includes Grundbesitzsteuergesetz (285 Millionen), Zuckersteuergesetz (74), Tabaksteuergesetz (190), Vermögenssteuergesetz (80), Grundwertsteuergesetz (20), Spielartensteuergesetz (85).

Zusammen 1205,5 Millionen. Das ist eine verschwindend geringe Summe gegenüber dem Bedarf, den das Reich anzumelden hat. Zu

